



Newsletter - Ausgabe: Blaue Mail 06/2015 - DPoIG-Bayern.de - vom: 20.03.2015

Die blaue Mail der DPoIG Bayern 06/2015

Inhalt

- 01. Blockupy-Proteste: DPoIG verurteilt Gewalt gegen Polizei**
- 02. Gewalttätige Ausschreitungen in Frankfurt: DPoIG weist Kritik der LINKEN scharf zurück**
- 03. dbb: Auftreten der Arbeitsgeber in Einkommensrunde 2015 ist hilflos**
- 04. Arbeitszeit: Innenminister offen für Vorschläge**
- 05. Landtagsanfrage zur Beförderungssituation bei Bayerischer Polizei**
- 06. DPoIG: Geplante Antiterror-Einheit der Bundespolizei schließt Sicherheitslücke**

01. Blockupy-Proteste: DPoIG verurteilt Gewalt gegen Polizei

Quelle: Pressemitteilung der DPoIG Bund vom 18.03.2015

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die gewalttätigen Angriffe auf Polizeibeamte in Frankfurt am Main scharf verurteilt. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt erklärte: „Die gezielten Angriffe von Demonstranten auf Einsatzkräfte der Polizei haben nichts mehr mit friedlichem Protest gegen die Eröffnung des EZB-Gebäudes zu tun. Brennende Polizeiautos, Straßenbarrikaden, Gewalt gegen Sicherheitskräfte und sogar Feuerwehr- und Rettungskräfte – hier hat sich ein gewalt-bereiter Mob aus ganz Europa versammelt, um unter dem Deckmantel der Kapitalismuskritik den Staat als solchen anzugreifen.“

Die Heftigkeit der Ausschreitungen zeige, dass die gewaltbereiteten Demonstranten sich langfristig auf diesen Tag vorbereitet haben und bewusst Zerstörungen und verletzte Polizeibeamte in Kauf nehmen. Das Ausmaß der Gewalt habe eine neue Qualität erreicht. Angriffe mit Steinen und Böllern, mit ätzenden Flüssigkeiten, die Behinderung der Arbeit von Rettungskräften seien „mehr als verachtenswert“.

Wendt versicherte, die Polizeikräfte würden sich nicht provozieren lassen. „Die 6.000 Einsatzkräfte aus Bund und Ländern werden jedoch konsequent schwere Straftaten verfolgen, auch unter Verwendung des unmittelbaren Zwangs, aber immer unter Maßgabe der Verhältnismäßigkeit.“

02. Gewalttätige Ausschreitungen in Frankfurt: DPoIG weist Kritik der LINKEN scharf zurück

Quelle: Pressemitteilung der DPoIG Bund vom 18.03.2015

Mit Nachdruck weist die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) die Kritik der Partei Die LINKE zurück, wonach die Polizei in Frankfurt versucht habe, vor dem Hintergrund der Blockupy-Proteste „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herbeizuführen. An-geblich seien die Sicherheitskräfte darauf aus, die friedliebenden Demonstranten einzuschüchtern und den legitimen Protest sozialer Bewegungen zu unterdrücken.

Bundesvorsitzender Rainer Wendt kontert die Kritik: „Die Vorwürfe der LINKEN sind absurd. Das verkehrt Ursache und Wirkung. Bisher haben wir in Frankfurt nur Ausschreitungen gewalttätiger Chaoten erlebt. Von einem friedlichen, bunten und gewaltfreien Protest, wie ihn die LINKE für heute vorgesehen hat, kann bis jetzt nicht die Rede sein.

Dass die Maßnahmen der Polizei vor Ort notwendig sind und die Anzahl der Polizeikräfte angemessen, zeigen ja gerade die massiven Ausschreitungen der Demonstranten. Insofern traf die Lageeinschätzung zu und die Polizei hat die richtigen Einsatzvorbereitungen getroffen. Die Kritik der LINKEN sollte sich vielmehr an die gewaltbereiten Randalierer richten, die mit ihren gefährlichen und zerstörerischen Aktionen den friedlichen Protest von Parteien, Gewerkschaften und Globalisierungsgegnern diskreditieren.“

03. dbb: Auftreten der Arbeitgeber in Einkommensrunde 2015 ist hilflos

Der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, hat zu Fortschritten in der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder gedrängt und den Arbeitgebern vorgeworfen, hilflos zu agieren. Der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 19. März 2015) sagte Russ, zwar habe man sich auf eine vierte Runde geeinigt, eine fünfte oder sechste sei aber „eine Horrorvorstellung“.

Der dbb Verhandlungsführer kündigte weitere Protestaktionen der Beschäftigten in der Folgewoche an: „Die Warnstreiks werden den Ländern zeigen, was ihnen blüht, wenn dieser Tarifkonflikt eskaliert. Und davon sind wir gar nicht so weit entfernt.“ Wenn es am 28. März kein ordentliches Angebot gebe, „zeigen wir auf Deutschlands Straßen, wozu wir in der Lage sind - und zwar unbefristet“.

Zum Streitpunkt betriebliche Altersversorgung sagte Russ: „Wir haben das Finanzierungsproblem aufgrund der demografischen Entwicklung ja erkannt und würden bei der Finanzierung mitmachen - also über einen Zusatzbeitrag der Mitarbeiter diskutieren. Damit wir aber überhaupt über die Höhe eines Arbeitnehmeranteils reden können, benötigen wir ein Angebot der Arbeitgeber über die Lohnerhöhung.“ Ohne ein lineares Angebot, so Russ, „macht ein Weiterverhandeln keinen Sinn“.

Auch beim Thema Lehrereingruppierung sei man weit von einer Einigung entfernt. Er schließe nicht aus, dass es am Ende keine Einigung zur Lehrereingruppierung geben werde. „Aber das wäre ein Armutszeugnis und würde nachhaltig das Klima zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften belasten“, so Russ.

Anmerkung der blaue-Mail-Redaktion:

Weitere Informationen zu geplanten aktuellen „Aktionen“ unter www.dpolg-bayern.de.

04. Arbeitszeit: Innenminister offen für Vorschläge

Beim Gespräch der Berufs-/Interessensvertretungen und HPR mit dem Innenminister hat die DPoIG erneut darauf verwiesen, dass es für die Besonderheiten des Polizeidienstes Ausnahmen braucht.

Der Minister hat festgelegt:

- Obergrenze für Schicht sieht er bei 10 Stunden, darüber hinaus gibt es keine Denkverbote.
- Bis Ende März werden ca. 15 neue Schichtmodelle im INTRAPOL vorgestellt – Transparenz ist wichtig.
- Gewerkschaften und HPR können Modifizierungen vorschlagen oder weitere Modelle

einbringen.

- Dienststellen können ab Ende 2015 auf freiwilliger Basis die Modelle für ein Jahr erproben.

05. Landtagsanfrage zur Beförderungssituation bei Bayerischer Polizei

Die Landtagsabgeordnete Anette Karl (SPD) hat eine Anfrage zur Beförderungssituation in der Bayerischen Polizei gestellt. Zum 1.12.2014 haben in Bayern 5.159 Beamte der 2. Qualifikationsebene (QE) auf ihre Beförderung gewartet, allein in der Oberpfalz können in der 2. QE momentan 422 Beamte nicht befördert werden. Dies sind so viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hinzu kommen in Bayern noch rund 1000 Beamte der 3. QE die nicht von A 11 nach A 12 befördert werden können, da für sie keine notwendigen Dienstposten vorhanden sind.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diesen Missstand zu beheben?
2. Wie viele Stellenhebungen sind 2015/2016 bei der Polizei vorgesehen, aufgeschlüsselt nach Besoldungsgruppen?
3. Trifft es zu, dass nur noch Beamte mit Spitzenbeurteilungen in den Genuss einer Beförderung kommen können?
4. Würde die Einführung einer Mindestwartezeit hier eine Entspannung der Situation herbeiführen?
5. Welche konkreten Maßnahmen werden für die Beamten der 3. QE getroffen, die zum Teil schon länger als 10 Jahre auf ihre Beförderung nach A 12 warten müssen?

Anmerkung der blaue-Mail-Redaktion:

Die Antwort des Innenministeriums ist im Internet unter www.dpolg-bayern.abrufbar.

06. DPoIG: Geplante Antiterror-Einheit der Bundespolizei schließt Sicherheitslücke

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat die Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, eine spezielle Antiterror-Einheit zu schaffen, ausdrücklich begrüßt. "Eine solche Einheit schließt eine wichtige Sicherheitslücke", sagte Wendt dem in Berlin erscheinenden "Tagesspiegel" (morgige Samstagsausgabe).

Die Vorgänge in Paris hätten gezeigt, dass es "mobile Sicherheitslagen" geben könne, für deren Bewältigung "Fahndungskräfte im Nahbereich gebraucht werden". Dies könne die GSG 9 nicht leisten. Und die Bereitschaftspolizei sei für solche Einsätze zu schlecht ausgerüstet. "Deren Schutzweste hält einer Kalaschnikow nicht stand", sagte Wendt der Zeitung. Zwar gebe es auch derzeit bei der Bundespolizei speziell ausgebildete Kräfte. Aber sie habe ja noch andere Aufgaben "Die schicken wir auch zum Fußballspiel und zur Gewährleistung der Sicherheit bei der Bundesgartenschau." Eine spezielle Antiterror-Einheit müsse beweglich sein, disloziert untergebracht werden und über gepanzerte Fahrzeuge und gepanzerte Hubschrauber verfügen. Wendt bezeichnete eine Zahl von 750 Leuten als "vorstellbare Größenordnung" für eine solche Einheit.

Ende Blaue Mail Nr. 06

Nachdruck honorarfrei nur unter Quellenangabe



[Blaue Mail als PDF-Datei herunterladen](#)



[Antwort des Innenministeriums auf Landtagsanfrage zur Beförderungssituation bei Bayerischer Polizei](#)

Rechtliches

Dieser Newsletter ist eine Veröffentlichung von:

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) im dbb

Landesverband Bayern e.V.

Erzgießereistr. 20 b
D-80335 München

Fon: 089 / 52 60 04

Fax: 089 / 52 97 25

Internet: www.dpolg-bayern.de

Email: info@dpolg-bayern.de

Inhaltlich Verantwortlicher: Matthias Godulla

Sollten Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten wollen können Sie jederzeit Ihr [Newsletter-Abo abbestellen](#).